

Mit diesem Gutachten bereitet die Wirtschaftsministerin ihre Energiewende-Wende vor



Von **Daniel Zwick**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 19:27 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche (CDU)

Quelle: Katharina Kausche/dpa

Union und SPD haben im Koalitionsvertrag eine neue Ausrichtung der Energiepolitik versprochen. Wie weit Wirtschaftsministerin Katherina Reiche die Politik ihrer Vorgänger zurückdrehen will, zeigt der Auftrag für einen „Monitoring-Bericht“. Die Grünen sind empört.

Es ist ein Papier, das zur Grundlage werden soll für eine neue Ausrichtung der deutschen Energiepolitik. Schon in zwei Monaten sollen Experten aus Nordrhein-Westfalen Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) ihren Monitoring-Bericht zum Stand der Energiewende vorlegen. Dann könnte Reiche das Gutachten nutzen, um den Pfad ihres Vorgängers Robert Habeck (Grüne) zu verlassen und eine andere Richtung einzuschlagen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird dann nicht mehr im Zentrum der Energiepolitik stehen. Die Klimaziele sollen zwar noch eingehalten werden, sie rücken aber als gleichwertige Ziele neben andere, etwa Versorgungssicherheit und Netzstabilität. Dass dies die Absicht der Ministerin ist, hat sie selbst bei öffentlichen Auftritten schon deutlich gemacht.

Nun zeigt die sogenannte Leistungsbeschreibung für diesen Monitoring-Bericht, dass Reiche für ihre Politik eine wissenschaftliche Grundlage bestellt hat. Den Auftrag für das Gutachten hat das Wirtschafts- und Energieministerium (BMWE) an das Aachener Beratungsunternehmen BET (Beratung für die Transformation der Energiewirtschaft) vergeben, mit dem bereits ein entsprechender Rahmenvertrag besteht. BET zieht laut Medienberichten das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) mit hinzu. Das EWI wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert und versteht sich als „praxisnah, energieökonomisch fundiert und agenda-neutral“.

„Klimaschutz- und Innovationsblockade“

Dass der Bericht wirklich neutral wird, daran gibt es erhebliche Zweifel bei den Verfechtern einer grünen Energiewende. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die die Leistungsbeschreibung veröffentlicht hat, wirft Reiche vor, eine „Klimaschutz- und Innovationsblockade“ zu planen. Der offensichtliche Auftrag an die Forscher sei es, den zu erwartenden Stromverbrauch 2030 und damit den Ausbaubedarf für erneuerbare Energien kleinzurechnen.

Tatsächlich wird die Analyse des künftigen Strombedarfs ein wesentlicher Teil der vom Ministerium bestellten Untersuchung sein. Darauf aufbauend sollen die Wissenschaftler den Stand von Versorgungssicherheit, Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien untersuchen, außerdem die Digitalisierung und den Wasserstoff-Hochlauf. Im Arbeitspaket zwei der Ausschreibung geht es dann um „Handlungsoptionen für eine Neuausrichtung der Energiepolitik“.

Darin sollen die Experten „konkrete Handlungsmöglichkeiten für eine möglicherweise notwendige Neuausrichtung der Energiepolitik auf Kosteneffizienz bei Einhaltung des energiepolitischen Zieldreiecks“ geben. Dieses Zieldreieck zitiert auch Reiche immer wieder: Preisgünstigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutzziele stehen darin als gleichwertige Ziele nebeneinander.

Das Gutachten soll laut Leistungsbeschreibung „kosteneffiziente Handlungsoptionen und Optimierungspotenziale zu der Netz- und Marktintegration der Erneuerbaren“ aufzeigen. Außerdem soll es darlegen, „welche Erzeugungstechnologie (insb. Wind an Land und auf See, PV-Dach, PV-Freifläche, Biogas/Biomethan) welchen systemischen Nutzen, welche Kosten und Optimierungsmöglichkeiten aufweist und welche Rolle einzelne Energieträger in einem kosteneffizienten Energiesystem spielen sollten (Elektronen und Moleküle).“

Zentrales Bewertungskriterium für das BMWE: die Minimierung der Gesamtsystemkosten bei Einhaltung aller Aspekte von Versorgungssicherheits- und Klimazielen. Explizit werden auch Optionen gefordert, die den Ausbau der erneuerbaren Energien besser auf die Situation des Stromnetzes ausrichten.

Grüne sehen „Ausbremsen der Energiewende“

Reiche hatte in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag auf Fragen der Abgeordneten gesagt, die Energiepolitik habe in den vergangenen Jahren „den Gesamtüberblick eher vermissen lassen, weil entweder nur auf den Ausbau von Erneuerbaren oder auf separate Technologien geschaut wurde“. Nun müsse man Versorgungssicherheit, Infrastruktur-Zubau, Flexibilität im System und Klimaschutz zusammenzudenken. Zuvor hatte sie auf dem „Tag der Industrie“ kritisiert, der Ausbau der Stromnetze sei „auf ein völlig unrealistisches, ein völlig überzogenes Erneuerbaren-Ziel angesteuert“. Auch an anderer Stelle hatte sie die Politik früherer Regierungen scharf kritisiert.

Sven Giegold (Grüne), früherer Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter seinem Parteifreund Robert Habeck, wirft Reiche „ein Ausbremsen der Energiewende“ vor. Sie wende sich aktiv gegen die Erfolge der letzten Jahre, heißt es in eine Stellungnahme des Vizeparteičhfs der Grünen. „Wir müssen weiter konsequent auf erneuerbare Energien setzen, um unsere Klimaziele – eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045 – zu erreichen“, sagt Giegold. Reiches Prioritätensetzung sei nicht nur ambitionslos, sondern habe das Potenzial, die Energiewende in Deutschland abzuwürgen.

Im Koalitionsvertrag versprechen CDU/CSU und SPD, die Energiewende „transparent, planbar und pragmatisch zum Erfolg zu machen“. Der Monitoring-Bericht ist auch Teil des Vertrags. Die Überschriften aus der Ausschreibung kommen darin bereits fast wortgleich vor. Weiter heißt es: „Wir stehen für eine konsequente Ausrichtung aller Bereiche auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit. Unser Ziel sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten.“

Um das Ziel der Kosteneffizienz zu erreichen, stehe die Regierung „für einen systemischen Ansatz durch das Zusammenspiel aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien, einer Kraftwerksstrategie, dem gezielten und systemdienlichen Netz- und Speicherausbau, mehr Flexibilitäten und einem effizienten Netzbetrieb“.

Daniel Zwick (<https://www.welt.de/autor/daniel-zwick/>) **ist Wirtschaftsredakteur in Berlin und berichtet für WELT über Wirtschafts- und Energiepolitik, Digitalisierung und Staatsmodernisierung.**

